

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zahlung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. pro jährlich 36 Ausgaben. Die Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend werden nach Möglichkeit an jedem Sonntag ausgenommen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung über Zahlung des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wagnispreis: Die Spezialreklamewerte 20 Goldpfennig, die Spezialreklamewerte der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die Spezialreklamewerte im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Besondere und Kleinanzeigen werden nach Möglichkeit in der ersten Ausgabe des Tagesblattes veröffentlicht. Die Kosten der Anzeigen sind im Voraus zu zahlen. Die Anzeigen werden nicht über den 10. September hinaus angenommen. Jeder Anzeigenspruch ist schriftlich, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß, oder durch den Auftraggeber in Reuekurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Nr. 216. — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonntag, 14. September 1924

## Ziele der höheren Schulen.

Probleme und Kocht es schon in unserem Volksschulwesen fest genug, drängen und sagen sich hier mehr oder weniger vernünftige Reformpläne, häufen sich schon hier die Experimente teils geglückter, teils mißglückter Art, so ist es auch im höheren Schulwesen nicht viel anders. Schon der Anschluß nach oben und unten hin, also der zur Hochschule bzw. dem zur Einheitschule umgestalteten Volksschulbildungswesen, verlangte ohne weiteres gewisse Reformen, deren Ziel die Herstellung einer organischen Einheit im Bildungswesen von unten nach oben sein soll.

Im preussischen Landtagsausschuß hat nun der Kultusminister Boelckh längere Ausführungen über das Ziel dieser Reform im höheren Schulwesen gemacht, die dem bisherigen Reformeifer etwas entgegenzutreten und der Experimentiererei auf diesem Gebiete ein ziemlich deutliches Halt entgegenstellen, weil die höhere Schule trotz aller Kritik und zweifellos vorhandener Mängel im Kern gesund geblieben sei. Man will also fortpflanzen, aber nicht mit Stumpf und Stiel austrotten.

Abgesehen also davon, daß die höhere Schule Veranstaltung des Staates und die Besuchsdauer neun Jahre bleiben sollen, wird der Satz in den Vordergrund geschoben, daß die Aufgabe der Schule nicht in Berufsvorbereitung, sondern in der Erziehung zu humaner Bildung bestehen soll. Diese Bildung ist naturgemäß verschieden nach dem Charakter der einzelnen Schulart, auf der einen Seite des Gymnasiums und Realgymnasiums mit Lateinisch als Unterbau, auf der anderen des Reformgymnasiums, der Oberrealschule und der deutschen Oberschule mit einer fremden Sprache als Unterbau. Der deutsche Bildungstypus aber wird gestärkt und damit zugleich der Zusammenhang mit der Volksschule hergestellt durch die weit stärker als bisher zu pflegende Kulturkunde. Nicht die Menge des Wissens, sondern die Einführung und das Eindringen in diesen kulturkundlichen Kern ist das Ziel der Bildungsschulen.

Darum soll auch erreicht werden, daß für den Schüler der Lehrer nicht der Übermittler von Kenntnissen, sondern der Führer und Erzieher ist, daß also ein anderes Verhältnis zwischen beiden hergestellt werden soll, wobei der Arbeitsunterricht mithelfen wird, also das engere schaffende Zusammensein von Lehrer und Schüler. Auf der andern Seite soll aber diese größere Freiheit und Individualisierung von geisteserschöpfenden Wirkungen dadurch befreit werden, daß eine strengere Auswahl bei der Aufnahme des Schülers und eine strengere Siebung bei den Beförderungen vorgenommen werden soll.

Das alte Problem der Stundenverteilung wird wohl trotz der weitergeführten Trennung der Schularten auch leicht noch eine längere nicht allbefriedigende Regelung finden. Hier stehen auch in der parlamentarischen Behandlung die weltanschaulichen Gegensätze bereits so heftig aufeinander, daß man schon von einer Krise in der Regierung gesprochen hat. Legt doch die Deutschheit des preussischen Kultusministeriums über die Reform des höheren Schulwesens stärkstes Gewicht auf eine philosophische Durchdringung nicht nur in allen einzelnen Fächern, sondern auch noch auf eine starke Erweiterung des philosophischen Unterrichts als eines Sonderfaches. Demgegenüber steht eine Verfürgung des Religionsunterrichts, mit der sich die auf christlichem Boden stehenden Parteien kaum einverstanden erklären werden.

Damit aber werden die maßgebenden Parteien wohl alle einverstanden sein, daß die Bildung von deutschen Menschen, weit stärker als das früher geschah, in den Mittelpunkt der Entwicklung auf der Schule gestellt wird. Denn wir brauchen den deutschen Menschen jetzt nötiger denn je, und er muß erfüllt werden mit dem Stolz darauf, ein Deutscher zu sein, er muß hineingeführt werden in das Denken und Sprechen, in das Leben und Kämpfen unserer Vorfahren, um die Gegenwart zu verstehen und den ererbten Schatz für die Zukunft bewahren zu können. Deutsche Sprache, deutsche Geschichte, deutsche Kultur und Literatur, also das Lebendige im Deutschen, darf nicht zurückstehen hinter einer formalistischen Verstandesdrückerei. Es ist ein Schlagwort, daß man auf der Schule nur lernen soll, was man im Leben braucht. Das hieße eine kulturwidrige Entwicklung in unser Bildungswesen hineinschmuggeln. Denn nicht nur die Wirklichkeiten des Lebens, sondern nicht minder seine Schönheit, also das, was man „Kultur“ nennt, müssen als Zielpunkt bei der Erziehung des jungen Menschen gelten.

## Kriegsschuldwiderruf und Völkerbund.

Berlin, 12. September. In den letzten beiden Wochen nach der parlamentarischen Erledigung des Londoner Paktes ist es in der deutschen Presse zu lebhaften Erörterungen des Kriegsschuldwiderrufes und der Frage des deutschen Beitritts zum Völkerbund gekommen. Wie die Telegraphen-Union aus Kreisen der Reichsregierung erfährt, hat die Absicht des Widerrufes des abgebrochenen Kriegsschuldvertrages im Reichskabinett bestanden, ehe noch überhaupt die Einladung zur Londoner Konferenz vorlag. Sie ist auch vom Reichsrat mit Einschluß der sozialistischen

## Maßnahmen der Reichsregierung. Zur Senkung der Preise.

Die Reichsregierung erläßt eine lange Kundgebung, in der sie die Auffassung ausspricht, daß zum Wiederaufbau eine durchgreifende Sanierung des Preisniveaus Voraussetzung sei. Sie selbst trifft zu diesem Zwecke Maßnahmen:

1. Vom 18. September an werden die derzeitigen Frachten der Normalklassen des Gütertarifs, die Sätze des Tier- und Viehtarifs und die Frachten des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs um 10 v. H. ermäßigt.
2. Der Verwaltungsrat der Reichspost wird eine Ermäßigung der Postanweisungs- und Postschadengebühren beschließen.
3. Ab 18. September werden die schlesischen Steinkohlenpreise um 10 v. H. ermäßigt. Nach der Spätkohlenernte werden die Ruhrkohlenpreise ebenfalls um mindestens 10 v. H. ermäßigt.
4. Die Reichsbank erhöht das Diskontierungs-Gesamtkontingent um 10 v. H. und dehnt für reine Warenwechsel die Laufzeit wieder auf drei Monate aus. Sie wird fortan wieder Bankaktive diskontieren. Auf die Bankvereinigungen wird eingewirkt, daß sie normale Kreditprovisionen einhalten. Die zahlreichen Devisenvorschriften werden fortlassen.
5. Unabhängig von der Zollvorlage wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 an der Satz der Umsatzsteuer von 2 1/2 auf 2 v. H. herabgesetzt. Gleichzeitig werden die Sätze der Kapitalverkehrssteuer gesenkt. Beides geschieht durch Verordnung des Reichspräsidenten.

Die Reichsregierung erwartet, daß die gesamte Privatwirtschaft für auf dem Wege zur Senkung des Preisniveaus folgt und auch die öffentliche Wirtschaft, besonders die Gemeinden mit ihren Werkstätten.

## Abbau der Regie.

Essen, 13. September. Die Franzosen und Belgier gehen jetzt ernstlich daran, die Regierung abzubauen. Die Reichsbahnverwaltung trifft bereits Vorbereitungen für die Übernahme der Regiebahnhöfe und der Regiebahnstrecken. Sämtliche auf Urlaub befindliche Reichsbahnbeamte des besetzten Gebietes sind zurückberufen worden und jede weitere Beurlaubung ist untersagt worden. Die Reichsbahn hat ferner erhebliche Geldmittel zur Beschaffung von Materialien zur Verfügung gestellt, um so schnell wie möglich den Betrieb wieder aufnehmen zu können.

## Voraussichtliche Verlängerung des Ruhrkohlenyndikats.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Düsseldorf, 13. September. Wie verlautet, hat sich die ganze Lage zugunsten einer Sanierung des Syndikats gewendet, so daß in der morgigen endgültigen beschlußfassenden Sitzung mit aller Wahrscheinlichkeit eine Verlängerung des Ruhrkohlenyndikats ausgeprochen werden wird.

Vertreter der Länder gebilligt worden. Die Absicht der Reichsregierung, in der Schlussphase der Londoner Konferenz die Erklärung abzugeben, daß Deutschland die neuen Lasten nur in Verfolg des Versailler Vertrages, keinesfalls aber aus Grund einer moralischen Verpflichtung aus der Schuld am Krieg heraus übernimmt, ist nur deshalb unterblieben, weil in der Nacht des letzten Tages keine Möglichkeit vorlag, dem Vorsitzenden der Londoner Konferenz die Absicht einer Erklärung bekanntzugeben. Daß die Kanzlererklärung der Deffenlichkeit nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, im Reichstag selbst, sondern durch die Presse veröffentlicht wurde, hat seinen Grund in Bedenken, die sich aus den vorhergehenden Lärmausbrüchen der Kommunisten und auch der Nationalsozialisten ergeben haben. In der ganzen Frage hat es nicht eine Differenz im Kabinett gegeben. Der Außenminister ist der Ansicht, daß der physisch günstige Zeitpunkt zur Realisierung gleich im Anschluß an die Unterzeichnung des Londoner Abkommens gewesen sei. Aus technischen Gründen ist dies aber nicht möglich gewesen. In maßgebenden Kreisen der Reichsregierung dürfte auch die Auffassung sein, daß der Anknüpfung auch die Tat folgen muß, wenn eine Regierung nicht auf ihre Autorität verzichten will. Der Widerruf der erpreßten Kriegsschuldträge dürfte auch die Grundlage für den deutschen Beitritt zum Völkerbund sein. Ebe diese Frage nicht geklärt ist, ist die Anmeldung Deutschlands unmöglich. Wenn in der Deffenlichkeit der Eindruck erweckt wird, als ob bereits Einladungen an Deutschland erfolgt seien, so muß demgegenüber betont werden, daß noch keinerlei Einladungen vorliegen. Wenn die Alliierten Wert darauf legen, den Stuhl Deutschlands besetzt zu sehen, so hätten sie durch ihre Botschafter und Gesandten der deutschen Regierung das längst wissen lassen können. Auf eine deutsche Anfrage ist sogar eine ablehnende Antwort erfolgt. Die Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund ist vom deutschen Standpunkt aus eine Frage der Zweckmäßigkeit, aber sie ist nur möglich unter Verhältnissen, die die Gleichberechtigung garantieren. In den Kreisen der Reichsregierung ist man übrigens der Ansicht, daß Graf Repler seine Rolle in Genf nicht als

## Reichsregierung. Die Berliner Presse zu „Kriegsschuldwiderruf und Völkerbund“.

Berlin, 13. September. Die Information aus Kreisen der Reichsregierung über die Entwicklung der Frage der Kriegsschuldnote und der Anmeldung Deutschlands zum Völkerbund sowie über den Standpunkt des Kabinetts in diesem ganzen Fragenkomplex hat in der Berliner Presse natürlich einen starken Widerhall gefunden. Der „Volkswacht“ begrüßt diese Aufklärung von Seiten der Reichsregierung mit Genugtuung, weil sie den Kostwendigkeiten unserer politischen Lage Rechnung trage. Die „Kreuzzeitung“ stimmt im allgemeinen den zum Ausdruck gekommenen Auffassungen zu und hofft, daß die Regierung den durch die Verzögerung der Realisierung begangenen Fehler durch eine umgehende und ohne Einschränkungen erfolgende Realisierung wieder gutmacht. Den gleichen Standpunkt nimmt die „Deutsche Tageszeitung“ ein. Auch die „Deutsche Zeitung“ kommt zur gleichen Anschauung, die sie sogar zu einer Anerkennung für Dr. Stresemann veranlaßt. Eine etwas andere Auffassung vertritt die „Germania“. Vor allen Dingen hält sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch vor der Realisierung der Kriegsschuldfrage für dringend geboten. In diesem Sinne schreibt auch der „Völkensurfer“. Das „Berliner Tageblatt“ spricht kein Bedenken darüber aus, daß vor einer Beschlussfassung des Reichskabinetts und in Abwesenheit des Reichsanwalters eine solche Auffassung aus Regierungskreisen ausgeht. Es stellt sich sowohl in der Frage der Kriegsschuldnote wie des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund auf einen der Regierungsformationen entgegengelegten Standpunkt. Die gleiche Auffassung wie im „Berliner Tageblatt“ kommt natürlich in den Kommentaren der „Vossischen Zeitung“ und des „Vorwärts“ zum Ausdruck.

## Henry Robinson kommt nach Deutschland

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Paris, 13. Septbr. Henry Robinson, der zum Dawes-Ausschuß gehört, ist an Bord der „Lubian“ gestern aus Neu-York in Cherbourg eingetroffen und sofort nach Paris weitergereist. Er lehnte es ab, auf die Fragen der Pressebeobachter zu antworten. Nach kurzem Aufenthalt in Paris gedenkt Robinson nach Berlin weiterzureisen, um sich Owen Young zur Verfügung zu stellen.

## Zu den Kämpfen in China.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Neuyork, 13. September. Der Gouverneur der Mandchurie ersucht die Hilfe Japans zur Benutzung der mandchurischen Eisenbahnen, um auf diesen seine Truppen gegen Peking transportieren zu können. Japan hat auf die Bitte des mandchurischen Gouverneurs nicht geantwortet. In Peking ist der Belagerungszustand verhängt worden und ferner sind 60 000 Mann Regierungstruppen mobilisiert worden.

offizieller Beobachter, sondern in einer offiziellen Mission korrespondiert hat. Der Name des Grafen Repler ist einer auswärtigen Macht auf Wunsch für irgendwie notwendige oder eintretende Anfragen genannt worden. Da der Urlaub des Reichsanwalters und des Reichsaussenministers vor dem Abschluß steht, ist zu erwarten, daß das Kabinett sich bereits Anfang der kommenden Woche mit diesen Fragen entscheidend beschäftigen wird und man hegt deshalb in den Kreisen der Reichsregierung nur den Wunsch, daß diese für Deutschland so außerordentlich wichtigen außenpolitischen Fragen in der Deffenlichkeit unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik und nicht unter den innenpolitischen Kombinationen behandelt werden möchten.

## Preussische Landtagswahlen im Februar.

Stadt- und Landgemeindeordnung.

In der interfraktionellen Besprechung, welche die Koalitionsparteien des Preussischen Landtags abgehalten haben, einigte man sich dahin, daß nach den Schwierigkeiten bei der Vorlage über die kleine Verwaltungsreform versucht werden soll, wenigstens die mit ihr verbundene Vorlage über die Stadt- und Landgemeindeordnung zu verabschieden. Bei der Besprechung über den Wahltermin für die künftigen Landtagswahlen kam ziemlich einmütig die Meinung zum Ausdruck, daß es am besten sei, die Neuwahlen Anfang Februar nächsten Jahres vorzunehmen.

## Spaniens Marokkonot.

Schwere Niederlagen.

Aus den bisher spärlich rieselnden und absichtlich entstellten Nachrichten über den Kampf der Spanier in Marokko gegen die ausländischen Eingeborenen war immerhin so viel zu entnehmen, daß die spanischen